

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(70. - öffentliche - Sitzung am 10. Dezember 2025)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**
Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung des Gesetzentwurfes durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Der Ausschuss schließt die Mitberatung der Mittelfristigen Planung ab.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8220](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/8503](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5930](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7238](#)

Der federführende Ausschuss setzt die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes fort und schließt sie ab. Er folgt dem Votum des mitberatenden Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 12 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Thorsten Paul Moriß (AfD).

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7484](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

7. **Qualität und Attraktivität der Rechtspfleger-Ausbildung in Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erhalten - Umstrukturierungspläne zur Umwandlung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege (HR Nord Hildesheim) in eine Justizakademie sofort beenden!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7194](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er nimmt eine weitere Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand entgegen und führt darüber eine Aussprache. Der Ausschuss kommt überein, die Beratung in der Sitzung am 14. Januar 2026 fortzusetzen und bittet die Landesregierung, ihn im ersten Quartal des Jahres 2026 erneut über den Sachstand zu unterrichten.